

Noch mehr Riesen-Baugebiete?

Sachverständige raten ab

Ein neuer Regionalplan für Köln/Bonn wird vor der NRW Kommunalwahl entworfen und danach verabschiedet. Die Kommunen sind aufgefordert, neue Siedlungsbereiche anzumelden. Entgegen dem Rat von ExpertInnen und dem Protest von Hunderten BürgerInnen wollen die Verwaltungen von Bonn und Königswinter die Kulturlandschaft in den Beueler Bergorten noch weiter verbrauchen- trotz Verkehrsproblemen und Umweltschäden.

Susanne Gura

Wegen des amtlich prognostizierten Zuzugs in die Region hat die für die Regionalplanung zuständige Bezirksregierung Köln die Kommunen zur Anmeldung von „Allgemeinen Siedlungsbereichen“ aufgerufen. Priorisiert werden sollen Bereiche an Schienenhaltepunkten, die sich für Geschosswohnungsbau eignen, um mehr bezahlbaren Wohnraum ohne neue Verkehrsprobleme zu schaffen.

Bonn und Königswinter haben solche Flächen praktisch nicht mehr, manche Kommunen im Umland sehr wohl. Auf neue Siedlungsbereiche verzichten wollen die beiden Stadtverwaltungen trotzdem nicht. Sie kalkulieren mit dem finalen Entscheidungsrecht ihrer politischen Gremien: Wo im Regionalplan und Flächennutzungsplan „Allgemeine Siedlungsbereiche“ stehen, können sie ohne Zutun der höheren Verwaltungsebene eine Bauplanung einleiten, wenn auch frühestens in einigen Jahren. Unter den Vorschlägen sind mit etwa 150 Hektar große Teile des Ennert und Pleiser Ländchens, darunter das für seine Idylle bei SpaziergängerInnen besonders beliebte Oberholtorf. Landwirtschaft, Klimaschutz und Naherholung von täglich Tausenden BürgerInnen würden ihre Existenzgrundlage verlieren.

Regionalplanung pro Landschaft

Zu einem sinnvollen Regionalplan trägt beratend der Verband Region Köln/Bonn e.V. bei, dem neben den Städten auch Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften angehören. In seinem Masterplan Grün (S.35) empfiehlt der Verband:

„Aufgrund seiner „natur- und kulturräumlichen Privilegien sind das Siebengebirge und das Pleiser Ländchen als geschlossene Einheiten vollständig zu erhalten.“

Begleitend zum Regionalplanprozess hat dieser Verband ein Agglomerationskonzept und eine Klimawandelvorsorgestrategie erstellt. Die Klimawandelvorsorgestrategie macht z. B. Entstehungsgebiete und Leitbahnen von kalter Luft in Roleber erkennbar (siehe BUZ Jan/Feb 2020). Das Agglomerationskonzept unterstützt z.B. Geschosswohnungsbau an Schienenhaltepunkten als Priorität.

Verkehrsgutachten warnt

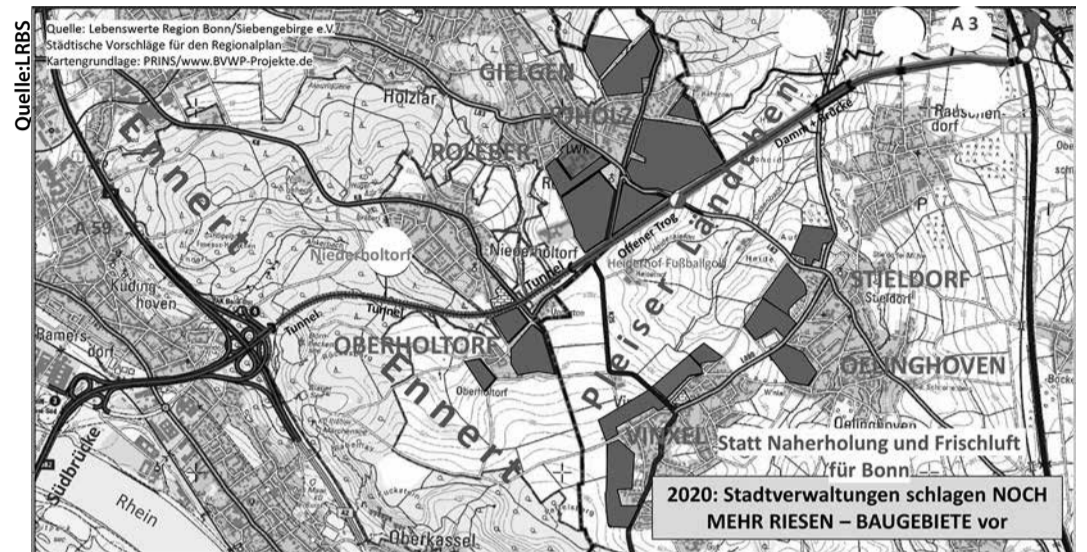
Königswinter hat ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) erarbeiten lassen, bei dem die Einwohnerzahl fast ausschließlich durch Zuzug bis 2035 um satte 15 Prozent statt der amtlich prognostizierten drei Prozent steigen soll. Das ISEK-Verkehrsgutachten von 2019 kam zu folgender Aussage:

„Frage: ist unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten grundsätzlich eine Ausweisung von Bauflächen im Bergbereich bis 2030 mit dem einhergehenden Einwohnerwachstum (von ca 40.000) auf bis zu 46.000 Einwohnern möglich? Antwort: Unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten ist die angestrebte Ausweisung möglich, wenn folgende Nachteile in Kauf genommen werden:

Wahlkampfthema: Noch mehr Riesen-Baugebiete?

Sachverständige raten ab

Ein neuer Regionalplan für Köln/Bonn wird vor der NRW Kommunalwahl entworfen und danach verabschiedet. Die Kommunen sind aufgefordert, neue Siedlungsbereiche anzumelden. Entgegen dem Rat von ExpertInnen und dem Protest von Hunderten BürgerInnen wollen die Verwaltungen von Bonn und Königswinter die Kulturlandschaft in den Beueler Bergorten noch weiter verbrauchen- trotz Verkehrsproblemen und Umweltschäden.



Sollen in Holtorf, Hoholz, Roleber, Gielgen, Stieldorf und Vinxel weitere große Siedlungsbereiche entstehen?

Susanne Gura

Wegen des amtlich prognostizierten Zuzugs in die Region hat die für die Regionalplanung zuständige Bezirksregierung Köln die Kommunen zur Anmeldung von „Allgemeinen Siedlungsbereichen“ aufgerufen. Priorisiert werden sollen Bereiche an Schienenhaltepunkten, die sich für Geschosswohnungsbau eignen, um mehr bezahlbaren Wohnraum ohne neue Verkehrsprobleme zu schaffen.

Bonn und Königswinter haben solche Flächen praktisch nicht mehr, manche Kommunen im Umland sehr wohl. Auf neue Siedlungsbereiche verzichten wollen die beiden Stadtverwaltungen trotzdem nicht. Sie kalkulieren mit dem finalen Entscheidungsrecht ihrer politischen Gremien: Wo im Regionalplan und Flächennutzungsplan „Allgemeine Siedlungsbereiche“ stehen, können sie ohne Zutun der höheren Verwaltungsebene eine Bauplanung einleiten, wenn auch frühestens in einigen Jahren. Unter den Vorschlägen sind mit etwa 150 Hektar große Teile des Ennert und Pleiser Ländchens, darunter das für seine Idylle bei SpaziergängerInnen besonders beliebte Oberholtorf. Landwirtschaft, Klimaschutz und Naherholung von täglich Tausenden BürgerInnen würden ihre Existenzgrundlage verlieren.

Regionalplanung pro Landschaft

Zu einem sinnvollen Regionalplan trägt beratend der Verband Region Köln/Bonn e.V. bei, dem neben den Städten auch Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften angehören. In seinem Masterplan Grün (S.35) empfiehlt der Verband:

„Aufgrund seiner „natur- und kulturräumlichen Privilegien sind das Siebengebirge und das Pleiser Ländchen als geschlossene Einheiten vollständig zu erhalten.“

Begleitend zum Regionalplanprozess hat dieser Verband ein Agglomerationskonzept und eine Klimawandelvorsorgestrategie erstellt. Die Klimawandelvorsorgestrategie macht z. B. Entstehungsgebiete und Leitbahnen von kalter Luft in Roleber erkennbar (siehe BUZ Jan/Feb 2020). Das Agglomerationskonzept unterstützt z.B. Geschosswohnungsbau an Schienenhaltepunkten als Priorität.

Verkehrsgutachten warnt

Königswinter hat ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) erarbeiten lassen, bei dem die Einwohnerzahl fast ausschließlich durch Zuzug bis 2035 um satte 15 Prozent statt der amtlich prognostizierten drei Prozent steigen soll. Das ISEK-Verkehrsgutachten von 2019 kam zu folgender Aussage:

„Frage: ist unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten grundsätzlich eine Ausweisung von Bauflächen im Bergbereich bis 2030 mit dem einhergehenden Einwohnerwachstum (von ca 40.000) auf bis zu 46.000 Einwohnern möglich? Antwort: Unter den heutigen verkehrlichen Gegebenheiten ist die angestrebte Ausweisung möglich, wenn folgende Nachteile in Kauf genommen werden:

Die Erreichbarkeit der Pendler aus Königswinter zu Bonner und Siegburger Zielen wird in den täglichen Spitzenstunden nicht gewährleistet sein, bzw. mit erheblichen Stauerscheinungen verknüpft sein. Auf der Strecke liegen hoch ausgelastete, bzw. überlastete Strecken und Knotenpunkte, weitgehend außerhalb von Königswinter. Die Einschätzung ändert sich nicht durch die Realisierung der B 56n.“

Mit B56n ist die vierspurige Verbindung zwischen A3 und Südbrücke bzw. A565 gemeint, die s.g. Südtangente. Das ISEK-Verkehrsgutachten teilt die Analyse unseres Vereins: Mit der Südtangente schneller in den Stau! Mehr Siedlungen im Bergbereich steht das ISEK-Gutachten ebenfalls kritisch gegenüber und endet so deutlich, wie in einem solchen Gutachten nur möglich: „Eine veränderte Siedlungsplanung in Verbindung mit einer Mobilitätsstrategie, die vornehmlich auf Fahrrad und Pedelec und eine weitere Verbesserung des ÖPNV setzt, wird angeregt.“

Hinsichtlich der Mobilitätsstrategie wird das ISEK-Verkehrsgutachten von Stadtverwaltung und Kommunalpolitik in Königswinter halbwegs ernst genommen. Ebenso wie in Bonn und anderswo gibt man sich mehr oder weniger Mühe, das ÖPNV-Angebot und die Fahrradinfrastruktur zu verbessern.

BürgerInnen protestieren

Dem ISEK Verkehrsgutachten zufolge die Siedlungsplanung des ISEK verändern und auf Riesen-Baugebiete im Bergbereich verzichten will die Kommunalpolitik in Königswinter jedoch nicht. Im Regionalplanentwurf sind die Riesenbaugebiete in Vinxel und Stieldorf bereits enthalten, trotz etwa 400 Einsprüchen bei den ISEK-Bürgerbeteiligungen.

In Bonn haben zahlreiche BürgerInnen in beeindruckenden individuellen Schreiben die Kommunalpolitik an die Umwelt- und Verkehrsprobleme erinnert, die weitere Riesen-Baugebiete im rechtsrheinischen Bergbereich verursachen würden. Die Beueler Bezirksvertretung empfiehlt nun, auf die Siedlungsbereiche in den Bergorten zu verzichten und zwei Flächen in Pützchen in Betracht zu ziehen. Die Empfehlung des Planungsausschusses und der Beschluss des Stadtrats standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Vertagung würde bedeuten: Wahlkampfthema.

Bei der Kommunalwahl sollte man bedenken, dass manche lokale Kandidierende die Riesen-Baugebiete und/oder die neuen Siedlungsbereiche ablehnen können, während deren Parteimehrheit, auf die es aber ankommt, sie befürwortet!

Weitere Infos unter:

www.enneraufstieg.de
www.siebengebirgsregion.de

Kontakt:

sg@siebengebirgsregion.de
T 0228 9480670